



11.01.2024

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ich wünsche Euch und Ihnen allen ein frohes neues Jahr und für dieses Jahr viel Glück und Gesundheit. Wir leben in herausfordernden Zeiten – deshalb möchte ich heute in einer Extra-Ausgabe des Newsletters über die aktuellen bundesweiten Proteste von Landwirtinnen und Landwirten informieren.

Zum Hintergrund: Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im November hat das höchste Gericht klare Bedingungen für den Umgang mit Sondervermögen und Ausnahmen der Schuldenbremse formuliert. Da dieses Urteil weitreichende Folgen für die Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 haben, haben wir

die Haushaltsberatungen vorerst zurückgestellt, sodass wir den Haushalt für dieses Jahr erst in der übernächsten Sitzungswoche beschließen werden. Mit dem Kompromiss, den Bundeskanzler Olaf Scholz gemeinsam mit Christian Lindner und Robert Habeck gefasst hat, standen Streichungen der Subventionen der Landwirtschaft im Raum. Zum Ende der vergangenen Woche wurden die Kürzung der Ermäßigung der KFZ-Steuer bereits zurückgenommen und die Steuerbegünstigungen des Agrardiesels werden nun nicht in Gänze, sondern schrittweise zurückgefahren, damit Unternehmen und landwirtschaftliche Betriebe sich darauf einstellen können.

Ich konnte von Beginn an den Unmut der vielen Landwirtinnen und Landwirte verstehen. Beim Landesparteitag der SPD Hessen Mitte Dezember habe ich mich vor Ort mit demonstrierenden Landwirtinnen und Landwirten ausgetauscht. Auch jetzt stehe ich selbstverständlich für alle zum Gespräch zur Verfügung und habe bereits mit Landwirtinnen und Landwirten gesprochen. Die jetzt zurückgenommenen Streichungen sind ein klares

Einigung für Landwirtschaft!



Weiterhin **keine Kfz-Steuer** für Land- und Forstwirtschaft!



Agrardiesel wird bis 2026 weiterhin steuerlich begünstigt. Die Subventionen werden schrittweise reduziert. So haben betroffene Unternehmen mehr Zeit, sich anzupassen.

Die Bundesregierung hat sich auf Änderungen zum Bundeshaushalt 2024 geeinigt. Einzelne Gruppen wie die Landwirtschaft sollen nicht einseitig stark belastet werden.

SPD Fraktion im
Bundestag

Signal: Wir haben Euch zugehört und verstehen Eure Sorgen. Landwirtschaftliche Betriebe, gerade die kleineren im ländlichen Raum, leisten herausragendes für die regionale Versorgung von Lebensmitteln. Und die Unterschiede zwischen den einzelnen Betrieben ist groß: Während manche hohe Gewinne erzielen, gibt es andere, die aufgrund von anstehenden Investitionen, auf jedes Geld angewiesen sind. Deshalb ist eines ganz entscheidend: Die Verlässlichkeit und Planbarkeit der anstehenden Fixkosten und Einnahmen.

Was dabei nicht vergessen werden darf ist, dass viele Betriebe nur aufgrund von Subventionen am Wettbewerb teilhaben können. Denn u.a. Discounter und nachziehende Einzelhandelsunternehmen sorgen durch den Preisdruck dafür, dass keine fairen Preise für regional produzierte Lebensmittel gezahlt werden. Und zur Wahrheit gehört auch, dass gerade CDU/CSU auch zu ihrer Verantwortung, die sie in den vergangenen Jahren getragen haben, stehen sollten. Unter den Landwirtschaftsministerinnen und -ministern zwischen 2005 und heute hat 16 Jahre die Union die Verantwortung im Landwirtschaftsministerium getragen.

Auch Speditionen haben sich den Protesten angeschlossen. Im vergangenen Herbst haben wir eine EU-Richtlinie in deutsches Recht überführt, damit die CO₂-Belastung in der Höhe der Maut berücksichtigt wird. Dadurch ist die LKW-Maut zum 1. Dezember 2023 gestiegen. Die Einnahmen aus der Maut werden dafür verwendet, um unsere Infrastruktur auf der Schiene, auf der Straße und auf dem Wasser zu stärken und Investitionen beschleunigt werden. Und wir wollen damit die Entwicklung und den Einsatz von klimafreundlichen Schwerlastverkehr fördern, denn diese Fahrzeuge sind bis mindestens Ende 2025 von der LKW-Maut befreit. Fast die Hälfte der Mauteinnahmen kommt dabei von ausländischen Unternehmen und Speditionen. Die LKW-Maut belastet frei nach dem Verursacherprinzip alle gleich, denn vor allem LKWs belasten Straßen stark. Speditionen können die gestiegenen Mautpreise an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergeben. Auf die Endpreise von Produkten hat dies lediglich Auswirkungen von 0,1 Prozent. Viel wichtiger wäre es, dass wir endlich auf europäischer Ebene gleiche Standards für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Speditionen schaffen, damit solche Geschehnisse, wie in Gräfenhausen im vergangenen Jahr nicht mehr vorkommen können. Der europäische Wettbewerb wird nämlich vor allem auf dem Rücken der Beschäftigten aus anderen EU-Ländern ausgetragen und nicht durch die Höhe der Maut, die alle gleich trifft.

Wir haben als Ampel gewiss nicht alles richtig gemacht. Gerade in der Kommunikation unserer Politik gibt es noch Luft nach oben. Aber wir haben auch viel für die Entlastung von allen Bürgerinnen und Bürgern getan.

1. Mit den Energiepreisbremsen haben alle Menschen teilweise mehrere Hundert Euro im vergangenen Jahr zurückbekommen.
2. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf über 12 € haben wir bereits vielen Menschen eine ordentliche Gehaltserhöhung beschert. Für dieses Jahr hätten wir uns mehr gewünscht und werden darauf hinwirken, dass die Mindestlohnkommission wieder einstimmige Kompromisse findet.
3. Mit den Erleichterungen bei der Einkommenssteuer und der erneuten Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags werden auch in diesem Jahr alle mehr Netto vom Brutto haben.
4. Mit dem erhöhten Pflegegeld unterstützen wir pflegende Angehörige und lassen sie nicht allein.
5. Mit der Sicherung des Rentenniveaus und der Angleichung der Ost- und Westrenten sorgen wir dafür, dass alle sich auf eine gute Alterssicherung verlassen können.

6. Mit Steuererleichterungen und Bürokratieabbau haben wir gerade das Handwerk oder auch Speditionen bereits spürbar entlastet.

Und während viele ihr demokratisches Recht in Anspruch nehmen und legitimen Protest ausdrücken, zeigt sich an vielen Stellen, dass Trittbrettfahrer aus dem rechten Spektrum die Situation nutzen, um bewusst Ängste zu schüren und mit Drohungen, wie Galgen mit aufgehängten Ampel-Puppen, über das Ziel hinausschießen. Dabei ist es gerade in einer herausfordernden Zeit wie der aktuellen wichtiger denn je, dass wir zusammenhalten. Wir müssen davon wegkommen, dass jeder gegen jeden steht, sondern gerechte Lösungen für alle finden.

Man kann immer mehr tun und fordern. Klar ist aber auch: Das Geld fällt nicht vom Himmel. Früher waren wir alle stolz darauf, dass unser Land funktioniert. Dass die Züge pünktlich fahren, dass unsere Straßen und Brücken in gutem Zustand sind oder, dass man zeitnah einen Arzttermin bekommt. Heute fahren Züge unpünktlich, Autobahn-Baustellen reichen kilometerweit und Termine bei Ärztinnen und Ärzten brauchen längeren Vorlauf. Damit wir dort wieder hinkommen, haben wir bereits den Deutschlandpakt geschlossen, um Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Und wir haben große Reformen für die Gesundheitsversorgung auf den Weg gebracht, damit sich alle Menschen wieder darauf verlassen können, gesundheitlich gut versorgt zu werden. Wir entlasten Ärztinnen und Ärzte bei der Bürokratie und beschleunigen die Digitalisierung. Und wir sorgen mit schnelleren Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen, dass wir mehr Fachkräfte für die Gesundheitsberufe gewinnen können. [\(Darüber habe ich in vergangenen Ausgaben berichtet\)](#)

Das alles kostet Geld. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir uns ganz grundsätzlich über die Finanzierung unserer Infrastruktur Gedanken machen. Leider gibt es seit vielen Jahren keine politischen Mehrheiten, um Superreiche stärker an den Kosten der Krisenbewältigung zu beteiligen oder die Schuldenbremse zu verändern. Auf der Klausur der SPD-Bundestagsfraktion werden wir heute ein Konzept zur Reform der Schuldenbremse beraten und beschließen. Dabei geht es nicht darum, unbegrenzt Schulden machen zu wollen, sondern vielmehr darum, dass Instrument der Schuldenbremse so zu reformieren, dass es gerade in Zeiten multipler Krisen möglich wird, den Laden am Laufen zu halten und in die Zukunftsfähigkeit und damit in unseren Wohlstand zu investieren unsere Infrastruktur zu stärken. Denn es muss möglich sein, dass wir unsere Infrastruktur stärken und diese Zukunftsinvestitionen aus der Schuldenbremse rauslösen. Das ist auch ökonomisch sinnvoll. Hiermit machen wir einen Vorschlag, der zur Bewältigung der Krisen beitragen kann.

Die Zeiten sind nicht leicht. Um uns herum befindet sich die Welt im Umbruch. Die Folgen der Kriege treffen uns spürbar. Und niemand weiß, wie es sich in Zukunft weiterentwickeln wird. Seit fast zwei Jahren führt Putin nun den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Auch im Nahen Osten ist aktuell noch nicht von einem schnellen, nachhaltigen Frieden auszugehen. Und durch die bevorstehende US-Wahl in diesem Jahr müssen wir auch klar adressieren, dass Deutschland zu seiner Verantwortung als starker, demokratischer Sozialstaat in Europa steht. **Nur gemeinsam können wir als Gesellschaft hierauf eine Antwort geben.**

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt